

zu TOP

Mainz, 23.01.2014

Anfrage 0358/2011 zur Sitzung am 16.02.2011

In der Stadtratssitzung am 8. Dezember 2010 wurde beschlossen, dass Gespräche mit den hessischen Nachbargemeinden sowie mit den Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Hessen aufgenommen werden sollen, um eine mögliche Vereinbarung über die Beschulung von hessischen Schülerinnen und Schülern in Mainz zu erarbeiten.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Gab es Gespräche mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung, um die Möglichkeiten für einen Staatsvertrag oder eine ähnliche Vereinbarung mit der hessischen Landesregierung zu erörtern? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
2. Gab es Gespräche mit hessischen Kommunen, deren Schülerinnen und Schüler Mainzer Schulen besuchen, über mögliche Zuschüsse an die Stadt Mainz? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
3. Hat es Gespräche oder Verhandlungen mit der Landesregierung Hessen über die Problemstellungen bei länderübergreifenden Schulwechsell gegeben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Tabea Rößner (Mitglied des Stadtrats)